

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 99 (1973)
Heft: 29

Illustration: Der heitere Schnappschuss
Autor: Perrenoud, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

General und Bundesrat

In der Nebi-Nummer 24 las ich auf der Leserbriefseite unter dem Titel «Schockiert»: «Den Nebi lese ich gern, aber daß Sie General Guisan kürzlich ins Lächerliche gezogen haben, hat mich direkt schockiert. Diesem Mann lasse ich nichts geschehen. Wenn wir ihn nicht gehabt hätten, wäre die Schweiz wenigstens eine Zeitlang eine deutsche Provinz gewesen. Den damaligen Bundesrat könnte man eher ins Lächerliche ziehen.» Unterzeichnet: Samuel Meyer, Schleithelm.

Einverstanden, soweit es den General angeht. Aber wäre das Schlusssätzchen nicht besser weggeblieben? Hat der Verfasser des vorstehend zitierten Nebi-Briefleins sich auch die letzte Fernsehsendung Nr. 13 über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg angesehen, wo unsere wirtschaftliche Selbstbehauptung in Wort und Bild ins Licht gerückt worden ist? Hat er alt Bundesrat Schaffner angehört, als er uns erklärte, in welcher Gefahr des wirtschaftlichen Erstickens unser Volk stand? Sollte er nicht die Schlusssatzkapitel des VI. Bandes von Edgar Bonjour einmal lesen, wo uns Seite für Seite klargemacht wird, unter welchem schwerem Druck der Bundesrat fünf Jahre lang, von der Umklammerung unseres Landes durch die siegreichen Zentralmächte bis zur militärischen Wende und bis zum Kriegsende, regieren und für Arbeit und Brot sorgen mußte?

Der Bundesrat von damals kann freilich nicht auf spektakuläre Aktionen verweisen. Er und seine mit den Wirtschaftsverhandlungen beauftragten Persönlichkeiten haben mehr in der Stille gearbeitet. Aber sie haben gearbeitet. Ist es recht, ihn heute, von sicherer Distanz aus, «lächerlich» zu machen? *H. Niederer, Rorschach*

Aufhebung konfessioneller Schulen

Sehr geehrter Herr Redaktor!

Nachdem Sie im Abstimmungskampf um die Jesuitenartikel eine positive und mutige Haltung einnahmen, erscheint mir die in Nr. 26 veröffentlichte ganzseitige Bild-Glosse um die Aufhebung der konfessionellen Schulen eher eine verunglückte Sache.

Die Situation in Ihrem Kanton dürfte Ihnen bekannt sein. Weshalb appellieren Sie nicht gleichzeitig an den evangelisch-reformierten Volksteil St.Gallens, um auch von dorther die nötige Bereitschaft und Toleranz anzufordern?

Ich bin sehr dafür, daß die konfessionellen Schulen eliminiert werden. Nur wird es hernach so sein, daß die reformierten Kinder trotzdem die Minorität bilden und je nach Gegend darunter zu leiden haben, wie katholische Kinder in Schulen gewisser reformierter Kantone oder Kantonsteile (z. B. Bündner Herrschaften).

Ich frage mich, ob man den reformierten Kindern der Stadt Fribourg z. B. einen Dienst erweist, wenn man die Aufhebung der konfessionell geführten Schulen fordert. Derselbe Vorbehalt gilt für die evangelischen Schulen im Wallis. Ich meine, daß man außer im Kanton St.Gallen, dem konfessionelle Schulen sehr schlecht anstehen, vorsichtig zu Werke gehen sollte. Die Freiburger Lösung – starke Subventionen des Kantons an die evangelische Schule – ist m. E. vorläufig für die evangelischen Kinder günstiger.

BRIEFE AN DEN NEBI

Die Jesuiten sind in der Schweiz schwach vertreten. Es soll so bleiben. Der Nebi soll ihnen keine politischen Aufgaben zuweisen. Beim Geschreibe um die konfessionellen Schulen kommen leider auch unschuldigerweise die privaten konfessionellen Schulen ins Gerede. Ich meine, daß Institutionen wie Schiers und Rebstein ihre volle Berechtigung haben. Gewisse Themen eignen sich m. E. nicht, um in Gloszenform populär gemacht zu werden; die Aufhebung der konfessionellen Volksschulen erfordert bestimmt ein behutsames Vorgehen.

Ich benütze die Gelegenheit, Ihnen für die treffliche Gestaltung des Nebispalters zu danken und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Martin Meyer, Windisch

*

Lieber Nebi!

Bravo! Nur hast Du zu spät geschaltet. Diese Zeichnung hätte vor der Abstimmung erscheinen sollen. Auch ich habe NEIN gestimmt, weil ich diese Bereitschaft zu einem «echt schweizerischen Kuhhandel» vermißt hatte. *Hans Dünki, Münchenbuchsee*

Kriminelle «Tierliebe»

Man staunt bei uns zu Lande immer wieder darüber, daß notorische Tierquälerei unbegreiflich milde Richter finden. Im Vergleich zu Vermögensdelikten werden Tierquälereien aller Art als Bagatellen beurteilt. Offenbar ist nur der Dieb ein Schelm, während ein Rohling erst als gemeingefährlich gilt, wenn er einen Menschen un menschlich traktiert. Trotz allen Fernsehemonstrationen von Zoodirektoren, trotz allen wissenschaftlichen Büchern und populären Schriften über Verhaltensforschung scheint die fatale Meinung selbst bei Behörden und Gerichten noch eingewurzelt, ein Tier

sei, abgesehen vom Nutzeffekt, «nichts wert».

Ein empörender Fall hat kürzlich die Leser der Gerichtsberichte in den Zürcher Zeitungen beschäftigt: Ein gewissenloser Hundehändler reiste für drei Wochen in die Ferien und ließ drei Dutzend junger Hunde in so verwerthlosem Zustand zurück, daß einige der Tiere nachher auch bei sorgfältigster Pflege im Tierspital nicht mit dem Leben davorkamen, als der Skandal endlich entdeckt und der verdreckte Koben ausgeräumt wurde. Für Hundefutter hatte der Ferienreisende seiner Frau zwei Franken pro Tag hinterlassen...

Vor Gericht schützte der verantwortungslose Hundehalter finanzielle Schwierigkeiten vor und kam mit einer Geldbuße davon. Außerdem bezeichnete er sich selbst als «Tierfreund». Die Empörung über solche Form von «Tierfreundschaft» ist berechtigt – aber leider steht sie nicht allein da. Was vor allem jetzt, zu Beginn der Ferienzeit, häufig passiert, läßt sich – vielleicht nicht im Ausmaß, aber sicher in der Gesinnung – mit dem Hundeskandal messen: Da wandert, an einen Baum am Straßenrand gebunden, ein Hund mit einer Etikette um den Hals: «Ich heiße Nestorli und hoffe, daß mich jemand in Pflege nimmt.» Hinter dieser billigen Sentimentalität verbirgt sich sträfliche Roheit. Den «tierfreundlichen» Besitzern war der vierbeinige Gefährte im Weg, als sie ihre Auslandsferien antraten. Offenbar werden solche Aussetzungen mehr praktiziert, als man glauben sollte. Durch die Zeitungen ist der Fall jenes Kätzchens bekannt geworden, das lebend in einen Plastiksack gesteckt und der Müllabfuhr übergeben wurde. Am häufigsten entledigen sich «Urlauber» wohl ihrer ihnen plötzlich lästig gewordenen Hausgenossen, indem sie diese einfach

sich selbst überlassen und ihr Gewissen mit der Hoffnung beruhigen, es werde sich schon jemand aus der Nachbarschaft ihrer annehmen.

Nur ganz krasse Fälle von Tierquälerei gelangen ja zur Anzeige. Die meisten Tragödien spielen sich im privaten Rayon ab. Viele ließen sich vermeiden, wenn nicht schon den Kindern eine verfehlte Einstellung anezogen, ein momentanes Interesse als «Tierliebe» gefördert würde: es beginnt bei der Raupe, die in eine Schachtel gesperrt wird, um das Ausschlüpfen des Schmetterlings zu erleben – der dann in seinem vergessenen Kerker erstickt. Laubfrösche, Aquarienfische, weiße Mäuse und Goldhamster erleben massenweise ähnliche Schicksale. Wer für ein Tier nicht ständig sorgen kann und will, darf sich keines zutun. Echte Tierliebe heißt nicht selten: Verzicht auf Tierbesitz. *Irene Hagmann, Stäfa*

Die UNO darf nicht länger schweigen

Am 10. Dezember 1948 wurde durch die Generalversammlung der UNO die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Art. 5 lautet u. a.: «Kein Mensch darf der Folterung sowie grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.» Jetzt, nach 25 Jahren, berichten die Zeitungen fast täglich aus allen Himmelsrichtungen von unmenschlichen Folterungen an hilflosen Gefangenen. Es wird beispielsweise in Nord- wie in Süd vietnam gefoltert, und man kann sich fragen, wer da eigentlich von wem befreit werden soll. Es treffen Meldungen ein von Quälereien in psychiatrischen Kliniken der Sowjetunion, von Folterungen in Brasilien, wo man sogar nicht davor zurückschreckt, Kinder zu foltern, um den Eltern «Geständnisse» zu entreißen. Immer wieder hört man von Folterungen in Tibet, in Griechenland, der Türkei, um nur einige Beispiele zu nennen. Und nicht besser ist es in den Ländern der Dritten Welt. Alle aber, ob es sich um kommunistische, kapitalistische, blockfreie oder Länder der Dritten Welt handelt, weisen ein gemeinsames Merkmal auf: Gefoltert werden Menschen, die mit der herrschenden Meinung nicht einverstanden sind, die eine eigene Meinung haben und es wagen, sie zu vertreten.

Mit Bestürzung hat Amnesty International auch davon Kenntnis genommen, daß die Machthaber, die sich der Tortur bedienen, Gedanken- und Verfahrensaustausch in die Wege leiten und eigentliche Folterschulen einrichten. A. I. hat nun den Kampf gegen die Folter aufgenommen und bittet alle Gleichgesinnten um Unterstützung. Gegenwärtig werden in allen Ländern Unterschriften gesammelt, die dem Präsidenten der Generalversammlung der UNO im Herbst in Paris überreicht werden sollen. Wir möchten die Nebi Leser herzlich bitten, sich an dieser Unterschriftensammlung zu beteiligen. Unterschriftenbogen können bezogen werden bei Fritz Ammann, Pourtalesstraße 62, 3074 Muri. Alles weitere ist auf den Bogen angegeben. A. I. hofft, durch möglichst zahlreiche Unterschriften zu erreichen, daß die UNO ihr bisheriges Schweigen aufgibt und sich energisch gegen die Folterpraxis wendet. Für zahllose Gefangene kann dies eine Wendung zum Bessern werden.

B. Montigel, Chur

Der heitere Schnappschuß

Foto: Werner Perrenoud

